

WAHLPRÜFSTEINE

Fragen des Forums Lokale Agenda 21 zur Kommunalwahl
2019



Antworten

Nr.	Thema
Themenbereich Nachhaltigkeit/Fairer Handel/Wirtschaft/AGENDA 2030	
1.	Die Stadt als Genehmigungsbehörde für öffentliche Feste aller Art kann den Einsatz von Verpackungsmüll untersagen. Hier werden teilweise bereits Papierbecher und Holzbesteck eingesetzt, dies könnte zur Norm werden. Das Wegwerfen von "Kippen" sollte von der Ordnungsbehörde strenger geahndet werden. Grundlage hierfür ist die Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Mainz.
2.	Das Beschaffungsmanagement der Stadt ist an Bedingungen gebunden, diese Vorgaben sind einzuhalten.
3.	Bei einer städtischen Verschuldung von über 1,3 Milliarden Euro spielen neben ökologisch-sozialen auch preisliche Gesichtspunkte eine Rolle.
4.	Deutschland ist bei der Umsetzung der Ziele der Agenda 2030 bereits auf Platz 6. Viele Ziele der Agenda 2030 finden sich im AfD-Wahlprogramm wieder, so etwa der Erhalt und Ausbau der Infrastruktur, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Bildungsgerechtigkeit. Weiterhin stellt sich die AfD gegen eine weitere Nachverdichtung und fordert langfristige Konzepte gegen den Wohnungsmangel, die an den Ursachen, wie etwa der anhaltenden Landflucht, ansetzen. Doch nicht alle Punkte der Agenda 2030 sind Themen der Kommunalpolitik, so dass diese auf anderen politischen Ebenen angegangen werden müssen. Weiterhin sieht die AfD die ideologisch beeinflussten Ziele der Agenda 2030, die nicht wissenschaftlich basiert sind, kritisch und lehnt die derzeitige Hysterie ab.
5.	Erhalt und Ausbau der städtischen Infrastruktur. Keine weitere Nachverdichtung und Ausbau des Überlandverkehrs zum Erreichen der Ziele 9 und 11.
6.	Unsere Ziele für Mainz sind im Kommunalwahlprogramm definiert. Hier geht es nicht nur um die Agenda 2030 sondern das Zusammenspiel eine Vielzahl von Maßnahmen in den Bereichen Verkehr, Wohnen, Stadtgestaltung.
7.	Die Ausschreibungen könnten hier z.B. entsprechend angepasst und Akzeptanzkriterien hinterlegt werden, die für Ausschreibungen gelten.
8.	Ein Kernthema der AfD sind Bürgerentscheide und der Ausbau der direkten Demokratie. Bauprojekte, die nachhaltig das Stadtbild von Mainz beeinflussen, sollten

Wahlprüfsteine



Nr.	Thema
	durch direkte Bürgerbeteiligungen begleitet werden. Bei strittigen Bauprojekten sind Bürgerentscheide durchzuführen.
9.	Die AfD setzt sich für die Stärkung des Ehrenamtes ein. Beispielsweise sollten gezahlte Aufwandsentschädigungen an ehrenamtlich Tätige steuerfrei gestellt werden oder Ehrenämter sollten kostenlos den ÖPNV benutzen dürfen. Die Anreize sich ehrenamtlich zu betätigen sollten erhöht werden.
10.	Die wohnortnahe Versorgung in den Stadtteilen ist durch eine aktive und vereinfachte Ansiedlungspolitik sicherzustellen.
	Themenbereich Grün in der Stadt
11.	Die AfD Mainz fordert keine weitere Nachverdichtung sowie die Erhaltung der Wohn- und Lebensqualität in der Stadt. Hierzu gehört auch der Erhalt von Grünflächen bzw. das Anlegen neuer.
12.	Evtl. neue Stadtteile müssen so angelegt sein, dass die Frischluftzufuhr nicht beeinträchtigt wird.
13.	Die AfD lehnt Bepflanzungsvorgaben für die Bürger strikt ab. Jeder soll seinen Vorgarten nach seinen Vorstellungen gestalten dürfen. Impulse sollten hier höchstens durch Informationskampagnen, wie bereits geschehen, erfolgen
14.	Die bestehenden Grün- und Naherholungsflächen müssen erhalten und gepflegt werden. Neue Wohnanlagen müssen Platz für Grünflächen lassen.
15.	Die AfD Mainz steht zur konservativen Landwirtschaft.
16.	Grünfläche ist nicht gleich Grünfläche. Durch Anreize von städtischer Seite können die Unternehmen dazu angehalten werden, ihre Ausgleichflächen für Wildblumenbewuchs zu nutzen. Neue Grünanlagen können mit Nistmöglichkeiten ausgestattet werden. Das Umweltschutzgebiet Mainzer Sand muss erhalten bleiben.
	Themenbereich Verkehr

Wahlprüfsteine



Nr.	Thema
17.	<p>Die AfD setzt sich für eine sinnvolle Neuregelung des Flugverkehrs ein. Dazu gehören die Optimierung der Flugrouten unter Berücksichtigung der Bevölkerungsdichte, die Einhaltung der 5-Knoten-Regelung, eine Begrenzung der Flugbewegungen auf 440.000 p.a. und die Einhaltung des Nachtflugverbots von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr.</p>
18.	<p>Park & Ride Plätze machen nur im Zusammenhang mit einem vernünftigen ÖPNV Sinn. Ein Gleichgewicht zwischen den Parkmöglichkeiten in der Innenstadt (Senkung der im Vergleich mittlerweile höchsten Parkgebühren in Deutschlands) und den Park & Ride Plätzen muss gewahrt bleiben.</p> <p>Zudem muss eine wohnortnahe Versorgung in den Stadtteilen durch aktive Ansiedlungspolitik sichergestellt werden.</p>
19.	<p>Wir unterstützen die City-Bahn Pläne Mainz-Wiesbaden. Eine weitere Reduzierung des ÖPNV-Streckennetzes darf nicht stattfinden. Die Kurzstreckentarife müssen verbessert werden.</p>
20.	<p>Feinstaubbelastung: Nassreinigung der Straßen im Sommer</p> <p>Stickoxide: Dieselfahrverbote sind keine Lösung, die Stickoxidbelastung ist auf den Prüfstand zu stellen (Messstationen, Grenzwerte) und eine Nachrüstung von Dieselnissen oder Anschaffung von Bussen mit umweltfreundlicher Antriebstechnik wird gefordert.</p> <p>Die Umweltbelastung kann deutlich gesenkt werden mit der Umsetzung einer „Grünen Welle“-Ampelschaltung im Stadtgebiet, besseres Management von Baustellen (Stauvermeidung) und Ausbau von A60-Ring, A634 Vorlandbrücke.</p>
21.	<p>Verbesserung der Radwege in Mainz, gleichzeitig fordern wir eine Disziplinierung des „Wildwest Fahrstils“ im Interesse von Radfahrern und Autofahrern.</p> <p>Radwege sollen nur dort ausgebaut werden, wo sie auch tatsächlich genutzt werden.</p>
22.	<p>Standortauswahl für Mietstationen muss sachgerecht erfolgen und darf nicht zuungunsten von Parkplätzen erfolgen.</p>
23.	<p>Das Thema Elektromobilität muss grundsätzlich auf den Prüfstand. E-Carsharing ist kein Konzept, das in die aktuelle Infrastruktur (Stichwort Ladestationen) passt.</p>



Nr.	Thema
24.	Der Umfang einer Erhöhung von Ladestationen ist an die Entwicklung der E-Mobilität gekoppelt, die im Grundsatz auf den Prüfstand gehört.
Themenbereich Energie	
25.	Für die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen eines solchen Planes ist die Einbeziehung der Bürger in alle relevanten Entscheidungsprozesse eine Forderung der AfD. Dies gilt umso mehr, wenn Eingriffe in die Lebensumwelt der Bürger betroffen sind.
26.	Die Ausstattung öffentlicher Gebäude mit Photovoltaik-Anlagen ist nur einer von vielen Ansätzen, das Thema Energiesparen zu unterstützen.
27.	Photovoltaik-Anlagen machen nur dort Sinn, wo die Sonneneinstrahlung entsprechende Ergebnisse erwarten lässt und die Infrastruktur zur Umwandlung von Gleich- und Wechselstrom verfügbar ist und das architektonische Stadtbild nicht beeinträchtigt wird.
Mobilfunk	
28.	5G ist die Technologie der Zukunft. Sie bietet zahlreiche neue Möglichkeiten für Industrie und Wirtschaft, indem sie den Zugriff auf das „Internet der Dinge“, durch die Vernetzung von Gegenständen und Daten, schafft. Das ist durch ein Breitbandnetz, auch wenn dieses auf Glasfaser basiert, nicht möglich. Ein ausgebautes Breitbandnetz ist zwar begrüßenswert und wird auch von uns gefordert, stellt jedoch keine Alternative zum 5G-Funknetz dar, für welches ein Glasfasernetz übrigens eine notwendige Voraussetzung ist. 5G ermöglicht vollautomatisierte Produktionsprozesse, autonomes Fahren oder selbstständig arbeitende landwirtschaftliche Systeme. 5G ist also weit mehr als nur ein Telefonsignal. Es ist für den Industriestandort Deutschland unerlässlich. Darüber hinaus bietet 5G auch für Privatanutzer zahlreiche neue Möglichkeiten wie das „smart home“, also das vollständig vernetzte Zuhause, welches Erleichterungen in vielen Lebensbereichen mit sich bringt. Darüber hinaus könnte die Einführung des neuen Mobilfunkstandards 5G auch neue Chancen für den Breitbandausbau eröffnen. Durch einen Fixed Wireless Access (FWA) werden Kabel durch eine Funkübertragung (26 GHz) ersetzt, was Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 4 Gbit/s ermöglicht. Realisiert werden kann dies durch einen FWA-Empfänger, der an praktisch jeden DSL-Router gesteckt werden kann. Ein flächendeckendes 5G-Netz könnte also eine wichtige Alternative zu einem flächendeckenden FTTB/FTTH-Ausbau sein. Bei der Mobilfunkstrahlung handelt es sich um elektromagnetische Strahlung. Zahlreiche seriöse Studien haben sich bereits mit den Auswirkungen beschäftigt. Eindeutig nachgewiesen ist bislang nur, dass die hochfrequenten Felder eine thermische Wirkung haben. Um eine schädliche Wirkung auszuschließen, gibt es Grenzwerte, wie den sogenannten SAR-Wert, dessen

Wahlprüfsteine



Nr.	Thema
	<p>empfohlener Höchstwert von 2 Watt pro Kilogramm am Kopf/Ohr nicht überschritten werden sollte. Es gibt bisher keinen Nachweis, dass die Benutzung von Smartphones das Krebsrisiko erhöht, sofern die Grenzwerte eingehalten werden. Eine Expertengruppe der WHO stuft die Strahlung zwar als „möglicherweise Krebserregend“ ein, was allerdings nicht bedeutet, dass diese auch tatsächlich Krebserregend ist.</p>
	<p>Abschlussfrage</p>
29.	<p>Mainz soll eine Stadt sein, die Tradition und Moderne verbindet. Eine Stadt, die ihren Charakter behält und ihren Platz im Ensemble des Rhein-Main-Gebiets gefunden hat. Hierzu gehört auch die Abschaffung der Bausünden vergangener Jahrzehnte. Neubauten müssen sich an historischen Vorbildern orientieren und sich in das gewachsene Stadtbild harmonisch einfügen.</p>

TABELLE 1 - ANTWORTEN

IMPRESSUM

Herausgeber:

Alternative für Deutschland

Kreisverband Mainz, der Vorstand

Postfach 240113

55045 Mainz

Mail: vorstand@afd-mainz.de

Web: www.afd-mainz.de

Berichterstatter:



Dr. Andreas Jabs, Schriftführer